

Wasser als Menschenrecht

Die weltweite Krise in der Wasser- und Sanitärversorgung erfordert dringend einen globalen Aktionsplan.

Die sich verschärfende Krise in der Wasser- und Sanitärversorgung kostet jährlich fast zwei Millionen Kindern das Leben. Um diese Krise zu überwinden, ist ein globaler Aktionsplan unter Führung der G-8-Staaten erforderlich, heißt es im Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 2006, der im November 2006 weltweit mit dem Titel „Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise“ veröffentlicht wurde.

Jedes Jahr, so berichten die Autoren, sterben 1,8 Millionen Kinder an Durchfallerkrankungen, die durch Zugang zu sauberem Wasser und einer Toilette vermieden werden könnten. Damit sind Durchfälle weltweit die zweitgrößte Ursache für Kindersterblichkeit, heißt es in dem Bericht.

Der Bericht zeigt, dass die Überlebenschancen von Kindern weltweit insbesondere auch dadurch bestimmt werden, wie wirksam man menschliche Fäkalien entsorgt. Durch die Verbesserung der häuslichen Sanitäreinrichtungen – vom Stuhlgang im Freien über die Benutzung einer Grubenlatrine bis hin zur Installation einer Spültoilette – verringert sich die Kindersterblichkeit um rund ein Drittel.

Die Realität, dass viele Menschen ihre Notdurft im Freien verrichten, wird ins Hinterzimmer der Politik verbannt – mit der Folge, dass bislang kaum Fortschritte erzielt wurden. Eines der größten Hindernisse, das sich daraus ergibt, dass das Thema mit Tabus behaftet ist.

Doch im Gegensatz zu Kriegen und Naturkatastrophen führt diese globale Krise nicht zu raschem und konzertiertem internationalen Handeln. „So wie Hunger ist auch dies eine Krise, die sich im Verborgenen abspielt, und von der in erster Linie die Armen betroffen sind – und die von denjenigen hingenommen wird, die die Ressourcen, die Technologie und die politische Macht hätten, ihr ein Ende zu bereiten“, heißt es in dem Bericht.

Der Human Development Report 2006 legt nahe, dass die folgenden drei Grundvoraussetzungen erfolgsentscheidend sind:

1. Wasser ernsthaft zu einem Menschen-



„Wasserkiosk“ in Uganda

Quelle: C. Kostrzewa

recht erheben: „Der Mindestanspruch für jede Bürgerin und jeden Bürger sollte 20 Liter sauberes Wasser am Tag betragen – und zwar kostenlos für diejenigen, die zu arm sind, etwas zu bezahlen“.

Der Bericht befürwortet, dass alle Regierungen das Menschenrecht auf Wasser verankern, indem sie eine entsprechende Gesetzgebung einführen, anstatt es bei vagen Verfassungsaussagen zu belassen. Um wirklich Bedeutung zu erlangen, muss dieses Menschenrecht einen Rechtsanspruch auf eine sichere, verfügbare und bezahlbare Wasserversorgung mit sich bringen.

2. Nationale Strategien für Wasser- und Sanitärversorgung entwerfen: Die Regierungen sollten sich zum Ziel setzen, mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Wasser- und Sanitärversorgung auszugeben, und, so drängen die Autoren, sie sollten die Verteilungsgerechtigkeit erhöhen. Die Wasser- und Sanitärversorgung leiden an chronischer Unterfinanzierung. Die öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich betragen meist weniger als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Untersuchungen zeigen, dass diese Investitionen von den Militärausgaben weit in den Schatten gestellt werden. So werden zum Beispiel in Äthiopien für militärische Zwecke

zehnmal höhere Haushaltsmittel bereitgestellt als für die Wasser- und Sanitärversorgung – in Pakistan beläuft sich der Verteidigungshaushalt sogar auf das 47-fache.

Die Autoren des Berichts fordern alle Regierungen dringend dazu auf, nationale Pläne zu erstellen, um raschere Fortschritte bei der Wasser- und Sanitärversorgung erzielen zu können. Ehrgeizige Zielvorgaben sollten durch Finanzierung in Höhe von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes und durch klare Strategien zur Überwindung von Ungleichheiten abgesichert werden.

3. Mehr internationale Entwicklungshilfe: Der Bericht fordert zusätzliche 3,4 bis 4 Milliarden US-Dollar jährlich. Im Laufe der vergangenen zehn Jahre ist die Entwicklungshilfe real zurückgegangen. Um jedoch das Millenniums-Entwicklungsziel im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung in erreichbare Nähe zu rücken, muss die Entwicklungshilfe verdoppelt werden.

Weiterhin heißt es, dass Fortschritte im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung im Voraus große Investitionen erfordern, die sich aber erst langfristig rentieren. Deshalb braucht es innovative Finanzierungsstrategien. Dieses Geld wäre gut angelegt. So schätzen die Autoren, dass jeder US-

Dollar, der in Maßnahmen zur Erreichung der Zielvorgabe bei der Wasser- und Sanitärversorgung investiert wird, wirtschaftliche Erträge in Form von gesparter Zeit, erhöhter Produktivität und verringerten Gesundheitskosten in Höhe von acht US-Dollar abwerfen würde.

Der zukünftige Weg

Der HDR 2006 beinhaltet eine Reihe von Empfehlungen, um Wege aus der weltweiten Krise zu finden:

- Die Wasserversorgung ins Zentrum von Armutsbekämpfungsstrategien und Haushaltsplanung rücken. Ein erster Schritt besteht darin, einen kohärenten Wasserversorgungsplan zu entwickeln. Doch dieser Plan muss auch auf berechenbare Weise finanziell abgesichert sein.
- Mehr Sozialtarife: Der HDR 2006 stellt fest, dass Sozialtarife armen Haushalten den Zugang zu einem Minimum an Wasser kostengünstig oder kostenfrei garantieren würden. Für zahlungsfähigere Verbraucher wären die Gebühren höher. Südafrika hat bereits ein Gesetz erlassen, nach dem jede Person mindestens 25 Liter sauberes Wasser pro Tag zur Verfügung haben soll. Doch Sozialtarife allein werden dort nicht helfen, wo Siedlungen nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind oder wo in den Haushalten keine Wasserzähler installiert sind.
- Mehr Investitionen, die den Armen gezielt zugute kommen: Die Wasserversorgung ist unterfinanziert. Die größten Finanzierungslücken finden sich in ländlichen Gebieten und in informellen Siedlungen in den Städten. Wenn man diese Lücken schließen will, sind mehr Finanzmittel und eine Umwidmung öffentlicher Ausgaben erforderlich – hin zur lokalen Bevölkerung auf dem Land, die man mit Brunnen und Bohrlöchern versorgen muss, und zu den städtischen Slumgebieten, die mit Zapfstellen versorgt werden müssen.
- Klare Ziele setzen – und die Anbieter zur Rechenschaft ziehen: Die Autoren betonen, dass in vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen öffentlich-privater Bewirtschaftungsvereinbarungen klare Ziele für die Ausweitung des Wasserzugangs für arme, in Slums lebende Familien formuliert werden sollten. Bei Nichterbringen der Leistung sollten Bußgelder verhängt werden. Dieselben Regeln sollten auch für öffentliche Anbieter gelten, wobei das Erbringen der Leistung durch Anreizsysteme gefördert werden sollte.
- Einen Regulierungsrahmen schaffen und ausweiten: Die Debatte, ob die Wasserversorgung sich in öffentlicher oder priva-

ter Trägerschaft befinden sollte, hat die Aufmerksamkeit von der dringenden Frage einer Reform der öffentlichen Versorgungsbetriebe abgelenkt. Es wird betont, dass die Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde, die die Wasseranbieter überwacht, unabdingbar ist, um zu gewährleisten, dass die Wasserversorgung auch im öffentlichen Interesse vorstatten geht. Gleichzeitig muss die Regulierungsbehörde nicht nur die Betreiber des Leitungsnetzes kontrollieren, sondern auch die Zwischenhändler, die die Armen mit Wasser versorgen.

- Wassergebühren und Subventionen überdenken und neu gestalten: Subventionen können eine entscheidende Rolle spielen, wenn man den Armen bezahlbares Wasser liefern will. Doch allzu oft entstehen gerade für die Reichen durch Quersubventionen große finanzielle Vorteile, während arme Haushalte, die öffentliche Zapfstellen nutzen, Wasser zu Höchstpreisen kaufen müssen. In Städten wie Dhaka in Bangladesch, wo für den Wasserverbrauch ein Pauschalpreis verlangt wird, werden diejenigen mit privaten Wasseranschlüssen im Endeffekt zu Lasten der Armen subventioniert: Ein Tarif, der mit der verbrauchten Wassermenge ansteigt, würde Mittel generieren, durch die das Versorgungsnetz ausgeweitet und die Infrastruktur der öffentlichen Versorgungsbetriebe verbessert werden könnte.
- Dem ländlichen Sektor Priorität einräumen: Die Wasserversorgung auf dem Land stellt eine besondere Herausforderung dar. Regierungen müssen auf der Basis von erfolgreichen nachfrageorientierten Ansätzen dafür sorgen, dass die Dienstleistungsanbieter mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort eingehen, die sie versorgen, und dass sie diesen Gemeinschaften gegenüber Rechenschaft ablegen. Die Dezentralisierung der Wasserbewirtschaftung kann eine wichtige Rolle spielen, vorausgesetzt die dezentralisierten Institutionen haben die technischen und finanziellen Kapazitäten, die entsprechenden Dienstleistungen zu erbringen, heißt es in dem Bericht.

Wie es derzeit aussieht, ist die Welt in Bezug auf das Millenniums-Entwicklungsziel zu Wasser auf gutem Weg, vor allem auf Grund der großen Fortschritte in China und Indien. Das gilt jedoch nur für zwei Regionen: Ostasien und Lateinamerika. Außerdem verschleiert diese globale Sicht die eigentlichen Probleme. Wenn sich die Trends so fortsetzen wie bisher, wird in Afrika südlich der Sahara das Ziel der Wasser-

versorgung erst im Jahr 2040 und das der Sanitärversorgung sogar erst im Jahr 2076 erreicht sein. Bei der Sanitärversorgung liegt Südasien vier Jahre hinter dem Zeitplan zurück; die arabischen Staaten hinken bei der Wasserversorgung gar 27 Jahre hinterher.

Und je ärmer man ist, desto mehr zahlt man für sauberes Wasser, wurde in Untersuchungen für den Human Development Report herausgefunden: So geben die Armen in den Elendsvierteln von Nairobi fünf- bis zehnmal so viel für einen Liter Wasser aus, wie die Reichen, die in derselben Stadt leben. Die ärmsten Haushalte in El Salvador, Jamaika und Nicaragua geben im Durchschnitt mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für Wasser aus. In Großbritannien dagegen wird es als Zeichen für einen Härtefall angesehen, wenn eine Familie mehr als drei Prozent ihres Einkommens für Wasser ausgibt.

Der Bericht über die menschliche Entwicklung bietet einen Rahmen für Debatten über einige der dringendsten Herausforderungen der Menschheit. Es ist ein unabhängiger Bericht, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Auftrag gegeben wird. Der Hauptautor des Berichts über die menschliche Entwicklung 2006 ist Kevin Watkins. Ferner beinhaltet der Bericht Sonderbeiträge von Gordon Brown, Ngozi Okonjo-Iweala, Präsident Lula, Präsident Carter und UN-Generalsekretär Kofi Annan. Der Bericht wird in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt und jedes Jahr in mehr als 100 Ländern präsentiert. Weitere Informationen finden Sie auf der Website <http://hdr.undp.org/hdr2006>.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) ist das weltweite Entwicklungsnetzwerk der Vereinten Nationen. Es will Menschen helfen, ihrem Bedarf an Entwicklung zu entsprechen und sich ein besseres Leben aufzubauen. Die Vereinten Nationen sind in 166 Ländern vertreten und arbeiten mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft verlässlich zusammen, um diesen bei der Ausarbeitung eigener Lösungen für globale und nationale entwicklungspolitische Herausforderungen zu helfen. Weitere Informationen über UNDP finden Sie auf der Website: www.undp.org

Der DVGW hat den UN-Bericht unterstützt. Sie finden den Bericht in vollem Umfang auf der DVGW-Homepage.

Dr. rer. nat. Claudia Castell-Exner ■